

Wirtschaftliche Auswirkungen

27. März 2020

Hauptbotschaften

Die Industrie erkennt die Notwendigkeit von Ausgangsbeschränkungen an. Wir begrüßen die Aussage des Bundeswirtschaftsministers, den Betrieb in wichtigen wirtschaftlichen Bereichen aufrechtzuerhalten. Es ist wichtig, dass die Menschen weiterhin zu ihrer Arbeit gehen können, wenn Home-Office, etwa in der Produktion, keine Option ist.

Die Pandemie zeigt, dass wir nur miteinander erfolgreich die Krise bewältigen können. Das Corona-Virus ist ein Gegner, der keine Grenzen kennt. Das muss alle zusammenschweißen. Es bleibt dabei, dass es in Politik und Wirtschaft vernünftig ist, Dinge miteinander zu tun und nicht gegeneinander.

Die Bundesregierung hat sehr schnell die richtigen Maßnahmen ergriffen und damit deutlich gemacht, wie ernst es ihr ist. Das ist ein wichtiges Signal. Entscheidend ist, dass die Politik alle Staatshilfen unbürokratisch und möglichst passgenau anbietet. Es bedarf jetzt der Solidarität zwischen Unternehmen jeder Größe, um die Krise zu meistern.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Maßnahmen der Bundesregierung | 3 |
| Bewertung | 3 |
| KfW-Sonderprogramm 2020 | 4 |
| Koordinierung in der EU und Maßnahmen der EU | 4 |
| Corona Reponse Investment Initiative | 5 |
| Kredite des ESM | 5 |
| EU, Eurogruppe und Europäische Investitionsbank | 5 |
| Maßnahmen der EZB | 6 |
| Wirtschaftliche Auswirkungen Deutschland/Europa | 7 |
| Prognosen der Forschungsinstitute | 7 |
| Szenarien über die BIP-Entwicklung im Jahr 2020 | 8 |
| Wirtschaftliche Auswirkungen auf einzelne Branchen | 9 |
| Automobilindustrie | 9 |
| Bauindustrie..... | 9 |
| Chemieindustrie | 10 |
| Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (Elektroindustrie)..... | 11 |
| Erdgas- und Erdölindustrie..... | 12 |
| IT und Telekommunikations-Industrie | 13 |
| Keramikindustrie..... | 13 |
| Mobilität und Logistik..... | 13 |
| Maschinen- und Anlagenbau..... | 14 |
| Nichteisen-Metallindustrie | 14 |
| Papierindustrie | 15 |
| Industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) | 15 |
| Holzwerkstoffindustrie | 16 |
| Schmuck- und Uhrenindustrie | 16 |
| Automatenindustrie | 17 |
| Textil- und Modeindustrie | 17 |
| Internationale Lage | 18 |
| China | 18 |
| USA | 19 |
| Indien..... | 20 |

| | |
|---------------------------------------|-----------|
| Japan..... | 20 |
| MENA | 21 |
| Latein-Amerika | 21 |
| Hotlines für Unternehmen | 22 |
| Links | 22 |
| Bundesministerien/-ämter | 22 |
| EU-Institutionen | 24 |
| Forschungsinstitute | 24 |
| Internationale Organisationen | 24 |
| China | 24 |
| Impressum | 25 |

Maßnahmen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sehr schnell die richtigen Maßnahmen ergriffen und damit deutlich gemacht, wie ernst es ihr ist. Als erste wirtschaftspolitische Maßnahme veröffentlichten am 13. März Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Bundesfinanzminister Scholz ein substanzielles Maßnahmenpaket zur Stützung der Liquidität von Unternehmen: „Ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen“. Es umfasst Regeln zur Kurzarbeit, steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen und ein Schutzschild für Betriebe und Unternehmen über flexible Regelungen.

Diese Woche wurde vom Bundestag und Bundesrat ein umfassendes Gesetzespaket zur Bekämpfung der Corona-Krise verabschiedet. Außerdem wurde im Eilverfahren im Bundesrat der Nachtragshaushalt genehmigt, der den finanziellen Ermächtigungsrahmen für die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Krise stellt. Im Nachtragshaushalt sind Mehrausgaben in Höhe von 122,5 Milliarden Euro und Steuermindereinnahmen in Höhe von 33,5 Milliarden Euro vorgesehen, die zu einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 156 Milliarden Euro in diesem Jahr führen sollen. Dazu wird auf die Ausnahmeregel der Schuldenbremse zurückgegriffen.

Das Maßnahmenpaket zur Stützung der Wirtschaft umfasst drei Gesetzesentwürfe:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht;
2. Soforthilfeprogramm für kleine Unternehmen und Soloselbstständige;
3. Entwurf eines Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetzes (WStFG).

Das WStFG ergänzt insbesondere die seit 23. März verfügbaren Sonderprogramme der KfW. So wird ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit einem Volumen an 600 Milliarden Euro geschaffen. Das Maßnahmenpaket für Soloselbstständige und Kleinunternehmen umfasst 50 Milliarden Euro und der Haushaltsrahmen für Bürgschaften wurde von 465 Milliarden Euro auf 822 Milliarden Euro stark erhöht. Die Nettokreditaufnahme wurde auf 156 Milliarden Euro in 2020 erhöht.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds dient der Abfederung von ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Unternehmen der Realwirtschaft durch Überwindung von Liquiditätsengpässen und durch Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Kapitalbasis von Unternehmen, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort oder den Arbeitsmarkt hätte.

Der Gesetzesentwurf zur Corona-Soforthilfe schützt Soloselbstständige und kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten vor der Insolvenz. Der Notfallfonds umfasst ein Volumen von bis zu 50 Milliarden Euro bei maximaler Ausschöpfung von 3 Millionen Selbständigen und Kleinstunternehmen.

Bewertung

Der Gesetzesentwurf zum WStFG zielt zu Recht darauf ab, mittels eines umfangreichen Garantierahmens in Höhe von bis 600 Milliarden Euro (knapp 17 Prozent des nominalen BIP) Mittel für die Stabilisierung von nicht-finanziellen Unternehmen über Garantien oder Beteiligungen bereitzustellen. Dies ist aus wirtschaftspolitischer Sicht richtig und ein wesentlicher Baustein in der wirtschaftspolitischen Bewältigung der Corona-Krise.

Der Gesetzesentwurf Corona-Soforthilfe ist ein dringend erforderlicher Baustein in der wirtschaftspolitischen Bewältigung der Corona-Krise und zielt vor allem auf diejenigen Unternehmer ab, für die die

bereits beschlossenen Kredit- und Bürgschaftsprogramme kein gangbarer Weg sind. Auch diesen Unternehmen können selbstredend die bereits beschlossenen Steuerstundungsmöglichkeiten kurzfristig Liquidität verschaffen. Im Einzelfall können auch Kredite mit Bundesbürgschaften ergänzend in Anspruch genommen werden.

KfW-Sonderprogramm 2020

Seit dem 23. März stehen gewerblichen Unternehmen (ohne Größenbeschränkungen) und Freiberuflern die Kredite des KfW-Sonderprogramms zur Verfügung. Betreffende Antragsteller dürfen jedoch nur Unternehmen sein, die wegen der Corona-Krise vorübergehend in Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind. Konkret heißt dies, dass alle Unternehmen, die zum 31.12.2019 nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren, einen Kredit beantragen können.

Finanziert werden sowohl Betriebsmittel als auch Investitionen. Die Zinssätze liegen zwischen 1,0 und 1,46 Prozent für KMUs und 2,0 und 2,21 Prozent für größere Unternehmen. Die KfW strebt an, die Gelder so schnell und unkompliziert wie möglich über ihre Hausbanken an die Gewerbetreibenden auszureichen. Hierfür wurden Kreditentscheidungsprozesse vereinfacht. So verzichtet die KfW bspw. bei Darlehen bis zu einer Höhe von 3 Millionen Euro auf die eigene Kreditprüfung und stellt hierbei ausschließlich auf die Prüfung der Hausbank ab. Der Kredithöchstbetrag pro Unternehmensgruppe entspricht einer Milliarde Euro. Die finanziellen Mittel können jetzt beantragt und zeitnah ausgezahlt werden (bis 10 Millionen Euro, größere Beträge verlangen eine normale Kreditnehmerprüfung). Allen Banken, Sparkassen etc. wurde eine verbindliche Vorabzusage gemacht. Damit sollte die schnelle Liquiditätsbereitstellung für Unternehmen gewährleistet sein. Aus der Praxis erreichen uns allerdings viele Hinweise, dass dies vor Ort von den Hausbanken sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Die KfW hat für Kredite an KMUs eine Haftungsentlastung von 90 Prozent und für Kredite aller übrigen Unternehmen 80 Prozent veranschlagt. Dies bedeutet, dass bei Kreditausfällen Hausbanken nur noch maximal 10 bzw. 20 Prozent des ausstehenden Betrages nach Sicherheitenverwertung als Verlust tragen müssten. Der ausstehende Betrag fällt auf die KfW. Aus Sicht des BDI wurden mit diesen Maßnahmen für Hausbanken gute Bedingungen geschaffen, die zum jetzigen Zeitpunkt ausreichen sollten, um ein Ausreichen der Notkredite zu beschleunigen.

Wie man den Kreditantrag bei den Hausbanken vorbereiten kann, hat die KfW hier veröffentlicht: https://corona.kfw.de/?kfwnl=Unternehmensfinanzierung_MSB.27-03-2020.700218

Koordinierung in der EU und Maßnahmen der EU

In den Ländern der Europäischen Union haben in kürzester Zeit die Regierungen der großen Volkswirtschaften umfangreiche gesundheitspolitische Maßnahmen beschlossen. Zugleich haben alle auch Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und Beschäftigte auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen umfassen bereits fiskalpolitische Maßnahmen in Höhe von etwa zwei Prozent des BIP an Konjunkturlösungen und von 13 Prozent des BIP für Liquiditätssicherung.

Auch auf der europäischen Ebene sind im zweiten Schritt einige Maßnahmen eingeleitet worden, mit denen auf die Krise reagiert werden soll. So hat die Europäische Kommission die Beihilferegulungen für die Pandemiemaßnahmen gelockert, während der Ministerrat (für Wirtschaft und Finanzen) die Katastrophenklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts gezogen hat. Damit sind die europarechtlichen Voraussetzungen für nationale Hilfsmaßnahmen geschaffen worden.

Corona Reponse Investment Initiative

Am 18. März wurde die Corona-Virus Response Investment Initiative mit einem Umfang von 37 Milliarden Euro (aus dem EU-Haushalt knapp zehn Milliarden Euro an ungenutzten Strukturfondsmitteln, Ko-Finanzierung aus den Mitgliedstaaten) beschlossen. Auch mit diesen Mitteln sollen rasch Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht werden können. Die entsprechenden Verordnungsentwürfe liegen bereits vor. Arbeitnehmer sollen zudem in den Genuss schnellerer Fördermaßnahmen über den EU-Solidaritätsfonds kommen können. Der Fonds wird für die derzeitigen Notsituationen genutzt werden können.

Kredite des ESM

Die Finanzminister haben zudem am 24. März breiten Konsens erzielt, den ESM zu nutzen. Er hat derzeit eine ungenutzte Kreditvergabekapazität in Höhe von 410 Milliarden Euro. Der ESM verfügt über zwei unterschiedlich ausgestaltete Vorsorgekreditlinien, von denen die Enhanced Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) nach Ansicht von Klaus Regling, Geschäftsführender Direktor des ESM, und von Mario Centeno, Vorsitzender der Eurogruppe, besonders geeignet wäre. In Kürze dürften die Vorbereitungen abgeschlossen werden, um auf Antrag einzelner Länder diese Linien in Anspruch zu nehmen. Derzeit wird erwogen, Kredite im Umfang von bis zu zwei Prozent des BIP mit leichter Programmkonditionalität zu vergeben. Grundsätzlich verfügt der ESM auch noch über weitere Instrumente, z.B. zur direkten oder indirekten Rekapitalisierung von Banken, die bei Bedarf und bei Erfüllung der Voraussetzungen ebenfalls genutzt werden können.

EU, Eurogruppe und Europäische Investitionsbank

Die EU hat am 10. März auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs (und zuvor auf Fachministerebenen) eine stärkere Koordinierung beschlossen. Dazu zählen vier Punkte:

1. Informationsaustausch zu gesundheitspolitischen Maßnahmen auf Tagesbasis;
2. Arbeitsauftrag an die Kommission, die Versorgung mit medizinischen Produkten sicherzustellen;
3. Stärkung der Impfforschung;
4. Hilfen für die Wirtschaft, insbesondere Liquiditätsbereitstellung für KMUs und betroffene Sektoren. Klargestellt wurde auch, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zusätzliche Haushaltsbelastungen bei außergewöhnlichen Umständen zulassen.

Am 16. März trafen sich die Finanzminister der Euroländer, um sich bezüglich der Koordinierung von nationalen Maßnahmen abzustimmen. Eurogruppen-Chef Mário Centeno betonte, dass die Euroländer hinsichtlich Krisenbewältigung alles Mögliche tun werden. Folgende Maßnahmen wurden als Bestandteile des koordinierten Vorgehens definiert:

- Zugelassene Wirksamkeit von automatischen Stabilisatoren.
- Implementierung folgender vorübergehender Maßnahmen, deren Ausgestaltung abhängig von der jeweiligen Ländersituation ist:
 - Sofortige finanzielle Unterstützung für viruseindämmende und krankheitsbehandelnde Maßnahmen,
 - Bereitstellung von Liquiditätsmaßnahmen für Unternehmen, die besonders von den Auswirkungen betroffen sind, im Besonderen kleine und mittelständische Unternehmen. Mögliche Instrumente: steuerliche Maßnahmen, öffentliche Garantien;

- Unterstützungsmaßnahmen für Angestellte zur Vermeidung von Einkommenseinbußen und dem Verlust von Arbeitsplätzen durch bspw. Einführung von Kurzarbeit oder weiterer Maßnahmen.

Die Europäische Investitionsbank gab bekannt, bis zu 40 Milliarden Euro an Investitionen speziell für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) kurzfristig mobilisieren zu wollen. Die Mittel werden nicht direkt von der EIB an betreffende Unternehmen ausgezahlt, sondern indirekt über Finanzintermediäre, wie zum Beispiel Geschäfts- oder nationale Förderbanken. Das Finanzpaket umfasst die folgenden Bestandteile:

- Spezielle Garantiesysteme für Banken, die auf bestehenden EIB-Programmen basieren und mit sofortiger Wirkung Finanzmittel in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro mobilisieren. Diese Mittel sollen KMUs in Not als Darlehen zur Verfügung gestellt werden.
- Ausgewiesene Liquiditätslinien an Banken, um eine zusätzliche Unterstützung von bis zu 10 Milliarden Euro zur Sicherung von Betriebsmittelfinanzierungen für KMUs und Midcaps sicherzustellen.
- Spezielle Kaufprogramme für Asset-Backed Securities (ABS). Mit dieser Art von Finanzinstrument können Banken KMU-Kreditausfallrisiken aus ihren Bilanzen auslagern. Diese Maßnahme erlaubt es Banken, neuen „Platz“ für die Ausgabe weiterer Kredite in Höhe von 10 Milliarden Euro zu generieren.

Darüber hinaus versucht die EIB ihre Venture Capital-Programme zum Beispiel für die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen auszuweiten.

Link zum Factsheet:

<https://www.eib.org/attachments/press/covid19-eib-group-response-factsheet-en.pdf>

Maßnahmen der EZB

Die EZB hat am 12. März - im Konsens - zielgenaue und weitreichende Entscheidungen zur Stabilisierung des Bankensystems und der Finanzmärkte getroffen. Folgende Punkte sind zentral:

1. **Erleichterte Refinanzierung der Banken:** die EZB stellt über Vollzuteilung Mittel zu -0,5 Prozent bis Juni bereit. Ab Juni setzt das dritte langfristige Refinanzierungsprogramm ein (TLTRO 3 = Targeted long-Term Refinancing Operations). Dies wird nun günstiger ausgestaltet (bis Juni 2021). Damit lässt sich die Mittelstandsfinanzierung von Banken deutlich leichter sicherstellen. Der Zinssatz für die Refinanzierung für Banken, die ihre Ausleihungen über bestimmten Schwellenwerten halten, kann bis auf etwa -0,75 Prozent sinken und wird ansonsten unterhalb von -0,25 Prozent liegen.
2. **Zeitlich begrenzte Erhöhung des Kaufprogramms für Wertpapiere:** einmalig zusätzliche Wertpapierkäufe in Höhe von 120 Milliarden Euro (über die derzeit 20 Milliarden Euro pro Monat hinaus) bis zum Jahresende. Das ist im Rahmen der bisher festgelegten Obergrenzen für den Kauf von Staatsanleihen bestimmter Emittenten gemäß Kapitalschlüssel der EZB möglich.
3. **Kapital- und Liquiditätserleichterungen für Banken:** Die EZB erleichtert den Banken die Nutzung von Kapital und Liquidität vorübergehend unterhalb der Sollwerte von bestimmten Kapital- und Liquiditätspuffern, vor allem in der Säule-2-Leitlinie, bei dem Kapitalerhaltungspuffer und dem Liquiditätserhaltungspuffer. Zudem dürfen Banken bestimmte Kapitalanteile schon jetzt auf die Säule 2 anrechnen lassen, obwohl das erst ab Januar 2021 gesetzlich gelten wird. Des Weiteren wird die EZB mit allen unter ihrer direkten Aufsicht stehenden Banken konkrete Gespräche über etwaige Probleme mit notleidenden Krediten und dem Umgang mit diesen führen.

Ergänzende Maßnahmen der Mitgliedstaaten erwartet: Die EZB erwartet zudem, dass der antizyklische Kapitalpuffer, sofern dieser eingesetzt wird, von den Mitgliedstaaten herabgesetzt wird.

4. **Keine Zinsänderungen:** Die Zinssätze sind beibehalten worden (Einlagenzinssatz -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz 0,25 Prozent und Spitzenrefinanzierungssatz bei null Prozent). Eine weitere Absenkung hätte eine noch komplexere Aufteilung (tiering) für die Banken notwendig gemacht.

Am 18. März hat die EZB mit einem weit reichenden Programm nachgelegt. Trotz sichtbarer Probleme wirkt das Paket in diesem Fall vorbeugend. Es stemmt sich vorsorglich gegen mögliche Finanzierungsengpässe auf den Kapitalmärkten. Das ist sehr positiv und scheint erneut im Konsens erfolgt zu sein. Damit korrigiert die EZB insbesondere die Irritationen, die bei der letzten Pressekonferenz entstanden waren im Hinblick auf die Risiken für Staatsanleihen Italiens, aber auch im Hinblick auf mögliche Liquiditätsstopps auf bestimmten Segmenten des Finanzmarkts im Euroraum (die FED hatte ja ebenfalls ein ähnlich dimensioniertes Programm beschlossen, da dort schon der Commercial Paper-Markt „eingefroren“ war).

Die wesentlichen Bestandteile des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sind:

1. Das Programm hat einen Umfang von bis zu 750 Milliarden Euro bis Jahresende 2020, ggf. mit weiteren Volumina und länger, falls erforderlich.
2. Alle unter dem Kaufprogramm möglichen Unterprogramme können genutzt werden.
3. Für die Kaufprogramme von Staatsanleihen gilt weiterhin der Kapitalschlüssel der EZB als Maßstab für die Aufteilung. Käufe werden nach Bedarf flexibel durchgeführt. Für Griechenland gibt es eine Sonderbestimmung, die höhere Käufe ermöglicht.
4. Besonders wichtig ist die Ausweitung des Kaufprogramms für Unternehmensanleihen, das um „non-financial commercial paper“, also kurzfristige Schuldtitel der Realwirtschaft, ergänzt wird. Damit kann die Refinanzierung leichter sichergestellt werden.
5. Die Kreditsicherheitsstandards werden gelockert, um die Refinanzierung sicherzustellen.
6. Die Selbstverpflichtung der EZB, alles Notwendige zu tun, ist dokumentiert: „The Governing Council will do everything necessary within its mandate. The Governing Council is fully prepared to increase the size of its asset purchase programmes and adjust their composition, by as much as necessary and for as long as needed. It will explore all options and all contingencies to support the economy through this shock.“

Wirtschaftliche Auswirkungen Deutschland/Europa

Prognosen der Forschungsinstitute

Im März 2020 haben die deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen für das laufende und das Jahr 2021 vorgestellt. Aufgrund des frühen Prognosezeitpunktes konnten die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Corona-Virus nur begrenzt berücksichtigt werden. Die Mehrzahl der Institute rechnet für das laufende Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung. Vor allem bei Ausrüstungsinvestitionen und Exporten ist mit Einbrüchen zu rechnen, während Bauinvestitionen und öffentlicher Konsum stabil bleiben. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsverluste zum Teil wieder aufgeholt werden.

| BIP Prognosen (reale Veränderung in % zum Vorjahr) | | vom ... | 2020 | 2021 |
|--|---|----------|------|------|
| IWH | Institut für Wirtschaftsforschung Halle | 12. Mrz. | 0,6 | 2,0 |
| IfW | Institut für Weltwirtschaft, Kiel | 13. Mrz. | -0,1 | 2,3 |
| HWWI | Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut | 18. Mrz. | -2,5 | 2,3 |
| DIW | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin | 19. Mrz. | -0,1 | 1,7 |
| RWI | Institut für Wirtschaftsforschung, Essen | 19. Mrz. | -0,8 | 2,3 |
| Ifo | ifo Institut, München | 19. Mrz. | -1,5 | 3,7 |

Szenarien über die BIP-Entwicklung im Jahr 2020

Mit dem spätestens seit der zweiten Märzhälfte staatlich verordneten Stillstand des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland dürften die Mehrzahl dieser Projektionen bereits heute überholt sein. Das Kieler **Institut für Weltwirtschaft** hat am 19. März seine Konjunkturberechnungen aktualisiert und unterstellt dabei zwei Szenarien. Einmal einen „Lockdown“ der deutschen Wirtschaft von zwei Monaten bis Ende April und einer anschließenden raschen Erholung auf das Vor-Corona-Niveau. In diesem V-Szenario klingen die Corona-bedingten Produktionsausfälle binnen sechs Monaten ab. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) würde gemäß diesem Szenario in diesem Jahr **um 4,5 Prozent (rd. 150 Milliarden Euro)** zurückgehen. In einem zweiten, U-Szenario wird unterstellt, dass die Erholung erst nach fünf Monaten im August einsetzt und die Produktion in den verschiedenen Branchen erst zu Beginn des kommenden Jahres auf das Vor-Corona-Niveau zurückkehrt. Nach diesem Szenario würde das deutsche BIP **um 8,7 Prozent (rd. 290 Milliarden Euro)** sinken. In beiden Szenarien wird unterstellt, dass in den besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen wie Gastgewerbe, Luftfahrt und den Freizeitbranchen (Reisen, Sport, Unterhaltung) die Kapazitätsauslastung um 90 Prozent sinkt. Der Fahrzeugbau schränkt in dieser Rechnung seine Produktion zwischenzeitlich um bis zu 70 Prozent ein. Der Einzelhandel schrumpft um 40 Prozent, wobei Lebensmittelhändler einen Teil der wegfallenden Gaststättenumsätze wettmachen. Für die verbliebenen Wirtschaftsbereiche, die etwa die Hälfte der Wirtschaftsleistung ausmachen, werden nur geringe oder gar keine Einbußen vermutet.

Das **Münchener ifo-Institut** hat am 23. März mehrere Szenarien zu den möglichen Auswirkungen eines Shutdowns für Deutschland vorgestellt. Das zu erwartende Ausmaß der Produktionsrückgänge hat das ifo-Institut auf Basis der Geschäftserwartungen des vorläufigen ifo Geschäftsklimaindex vom 19. März 2020 ermittelt. Allein bei einem **zwei Monate** anhaltenden teilweisen **Stillstand** der deutschen Wirtschaft schrumpft die Wirtschaftsleistung abhängig von der Dauer der Erholung im Jahr um **7,2 bis 11,2 Prozentpunkte**. Das entspricht einem Rückgang des BIP um 255 Milliarden Euro, wenn die Wirtschaft sich bereits nach einem Monat erholt und um 495 Milliarden Euro bei einer dreimonatigen Regenerationsphase. Bei **drei Monaten Teilschließung** liegen die Wachstumsverluste zwischen 354 und 729 Milliarden Euro bzw. zwischen **10,0 und 20,6 Prozentpunkten**. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt könnten sogar heftiger sein als in Krise im Jahr 2009. In den vom ifo betrachteten Szenarien könnten bis zu 1,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut werden und mehr als sechs Millionen Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen sein.

In der Krise im Jahr 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt um real 5,6 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete Produktionsrückgänge von über 15 Prozent. Im Gegensatz zur aktuellen Krise wurde der Dienstleistungssektor kaum in Mitleidenschaft gezogen.

Wirtschaftliche Auswirkungen auf einzelne Branchen

Automobilindustrie

Die Lage in der Automobilindustrie ist dramatisch und hat sich weiter zugespitzt. Durch die Ausbreitung des Virus in Europa und die damit verbunden umfangreichen Maßnahmen zur Eindämmung, kam die Produktion der Automobilhersteller in ganz Europa, den Vereinigten Staaten und vielen anderen Ländern gänzlich zum Erliegen, während die Produktion in China langsam wieder hochläuft. Die Stillstände sind eine nie dagewesene Situation, die für Hersteller und Zulieferer immense Kosten verursacht. Eine außerordentlich große Herausforderung wird das Wiederanlaufen darstellen. Zunächst geht es darum, die Ausbreitung des Corona-Virus massiv einzudämmen, deshalb auch die Maßnahmen in den Produktionsstätten. Für den Hochlauf müssen dann viele Parameter der Gesamtwirtschaft - national wie international - ineinandergreifen. Dazu gehören eine intakte Lieferkette, die Sicherung der Logistik, der reibungslose Anlauf der Produktion in den Werken - und auf der anderen Seite die entsprechende Belegung der Nachfrage. Die Krise dürfte für viele Verbraucher finanzielle Einbußen zur Folge haben mit entsprechenden Konsequenzen für die Nachfrage.

Die Einschränkung des Handels, das Schließen zahlreicher Zulassungsbehörden, sowie die erwartete gesamtwirtschaftliche tiefe Rezession werden zu gravierenden Rückgängen auf den internationalen Automobilmärkten führen. Wie gravierend diese ausfallen, ist zum jetzigen Zeitpunkt kaum abzuschätzen. Einen Hinweis kann die Entwicklung in China geben: Laut der chinesischen Autohändlervereinigung ging der Absatz von Pkw im Februar im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent zurück. Auch im März deutet alles auf einen weiteren kräftigen Rückgang hin. In Europa werden für den März und April ähnliche Entwicklungen erwartet. Inwiefern es im weiteren Jahresverlauf zu etwaigen Aufholeffekten kommen kann, ist nicht abzuschätzen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Wiederanlauf der Produktion mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte.

Schon vor Corona waren die großen Pkw-Märkte von einer schwachen Dynamik geprägt, durch die aktuelle Entwicklung hat sich die Lage dramatisch verschärft. Hersteller und Zulieferer haben in den vergangenen Jahren massiv in den Transformationsprozess der Branche investiert. Die jetzige Situation mit drastischen Umsatzeinbrüchen in vielen Märkten gleichzeitig, führt zu akutem Handlungsbedarf.

Bauindustrie

Der überwiegende Teil der Bauindustrie-Unternehmen ist bereits heute von Beeinträchtigungen durch das Corona-Virus betroffen. Auch wenn die Auswirkungen bislang nur bei etwa jedem fünften Unternehmen stark bzw. sehr stark ausgeprägt sind, ist eine steigende Tendenz erkennbar.

Für die Unternehmen besteht das große Risiko, dass die Bautätigkeit durch mögliche Probleme bei den Baustoff- und Baumaterialzulieferern sowie Nachunternehmern, Erkrankungen in den eigenen Baubelegschaften oder behördliche Maßnahmen gebremst wird oder komplett eingestellt werden muss. Mit bundesweit steigenden Infektionszahlen erhöht sich dieses Risiko täglich. Des Weiteren stellen die aktuellen Grenzschließungen ein großes Problem dar, da Personal aus EU-Nachbarländern nicht mehr auf die Baustellen gelangt bzw. eingesetzt werden kann und Arbeitsausfall droht.

Trotz aller Widrigkeiten sind für die Unternehmen dennoch die Verhinderung eines Baustopps und die bestmögliche Aufrechterhaltung des „Normalbetriebs am Bau“ wichtig. Die Folgen wären andernfalls nicht nur für die Bauindustrie, sondern für die gesamte Wertschöpfungskette immens. Das Beispiel Frankreich zeigt außerdem, dass die Produktion nach einem Baustopp nicht ohne Weiteres wieder anlaufen kann – entsprechende Gespräche sind dort vorerst gescheitert.

Ein zusätzliches Problem kommt bei den Ausbildungszentren der Bauwirtschaft auf. Die meisten der bundesweit ca. 200 Ausbildungszentren mussten aufgrund der staatlichen Anordnung geschlossen werden. Der Ausbildungsbetrieb wurde eingestellt, wodurch Insolvenzen mit schweren Schäden für die Zeit nach der Corona-Pandemie drohen. Dabei ist die Branche nicht nur auf gut ausgebildete Fachkräfte dringend angewiesen. Die Bauwirtschaft kann ohne ihre Ausbildungszentren ihrer überbetrieblichen Ausbildungsverpflichtung nicht mehr nachkommen.

Chemieindustrie

Mit jedem Tag verschärfen sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Chemiebranche. Anfänglich waren nur die deutschen Chemieunternehmen, die in China produzieren, direkt mit ihrer Vorort-Produktion von Produktionsbehinderungen und Nachfrageausfällen betroffen. An einigen Standorten wurde die Produktion gedrosselt. Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen war die Nachfrage in China gesunken. Zum anderen waren industrielle Wertschöpfungsketten in China mit Zulieferern, Logistik, Verpackung und Versand beeinträchtigt. Auch die Beschränkungen für Reisen und Transporte zwischen einzelnen Provinzen führten zu Verzögerungen bei der Zulieferung von Vorprodukten, bei der Kundenbelieferung, zu Personalengpässen sowie zu höherer Lagerhaltung. Inzwischen wird die Produktion in China wieder hochgefahren. Allerdings kommt es immer noch zu Problemen – vor allem in der Logistik aufgrund fehlender Containerkapazitäten und Personal.

Die Chemie- und Pharmaunternehmen in Deutschland und Europa und die Produktion in Deutschland war zunächst nur in Einzelfällen durch fehlende Vorleistungen aus China in Mitleidenschaft gezogen worden. Die fehlende Nachfrage aus China fiel dagegen deutlich schneller und stärker ins Gewicht und bereitete den Unternehmen Sorgen.

Mit der zunehmenden Ausbreitung der Epidemie in Europa und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus hat sich die Lage täglich verschärft. Die Lieferketten innerhalb Europas sind stark vernetzt und Europa ist unser wichtigster Absatzmarkt. Produktionsausfälle, Transportbehinderungen und Nachfrageeinbrüche in Europa treffen die Produktion am Standort Deutschland damit umso härter.

Die Chemieindustrie liefert als Produzent von Vorleistungen Produkte in alle Branchen der Industrie. Rund 85 Prozent der Produktion gehen in das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft. Unsere Kundenbranchen sind unterschiedlich von der Epidemie betroffen, aber keine Branche ist von den Einschränkungen durch die Epidemie ausgenommen.

Die Ankündigung der Automobilindustrie, ihre Produktion an den Standorten in Europa vorübergehend zu schließen, hat massive Auswirkungen auf die Zuliefererindustrien – darunter auch die Chemie. Die direkten Lieferungen an die Automobilindustrie liegen mit rund 5 Prozent der Produktion zwar vergleichsweise niedrig. Allerdings umfasst diese Zahl auch nur die direkten Lieferungen. Die Produkte gehen aber über die Kunden in die Automobilindustrie (indirekte Lieferungen durch: Kunststoffverarbeitung, Metallverarbeitung, Textilindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau). So dass man für die Branche insgesamt von einer Abhängigkeit von der Automobilindustrie von mindestens 15 Prozent ausgehen kann. Fahren die Weiterverarbeiter ihre Produktion aufgrund des Produktionsstopps in der Automobilindustrie herunter, führt das direkt zu Nachfrageausfällen in der Branche. Noch ist offen, wie unmittelbar die Zulieferer vom beschlossenen Stopp betroffen sein werden. Teilweise wird noch weiterproduziert werden können, da die Produktion entweder von der Automobilindustrie noch abgenommen bzw. auf Lager gelegt wird, um nach dem Stopp ausgeliefert zu werden.

Die Produktion wird aber nicht nur von Seiten der fehlenden Nachfrage immer schwieriger. Fehlende Arbeitskräfte (entweder aufgrund von Krankheit, Quarantänemaßnahmen, weil der Schutz nicht

gewährleistet werden kann oder wegen familiärer Verpflichtungen) machen die Produktion ebenfalls immer unsicherer. Weitere Produktionsstopps wie jetzt in der Automobilindustrie sind letztendlich in allen Branchen und Unternehmen denkbar. Aus der Chemieindustrie haben wir bisher noch keine Nachrichten von geplanten Stilllegungen gehört. Die großen Chemieanlagen können auch nicht ohne weiteres „abgeschaltet“ werden und sind auch mit relativ wenig Personal und mit den benötigten Schutzmaßnahmen zu betreiben. Zudem werden Chemieprodukte in vielen Bereichen, die für die Versorgung der Bevölkerung wichtig sind, benötigt (Pharmavorprodukte, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung, Zulieferungen für den Agrarbereich, die Nahrungsmittelindustrie, die Verpackungsindustrie), so dass eine Abschaltung in der jetzigen Lage kontraproduktiv wäre.

Ebenso herausfordernd bleibt die Logistik – sowohl innerhalb eines Landes als auch über die Landesgrenzen hinweg. Vorprodukte erhält die Chemie zu einem großen Teil über die Schiene, den Schiffsweg bzw. per Pipeline. Diese Wege sind bisher weniger von Transportbehinderungen betroffen. Der weitere Transport der Produkte erfolgt allerdings über die Straße. Warenlieferungen sind zwar von den Beschränkungen an den Grenzen ausgenommen, aber es wurden bereits erste Engpässe aufgrund fehlender LKW-Fahrer vermeldet. Auch hier wird die Situation von Tag zu Tag angespannter.

Schließlich müssen die pandemie-bekämpfenden Maßnahmen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission mit Augenmerk, flexibel und im Dialog mit den Betroffenen ausgestaltet und umgesetzt werden. Die Umsetzung bisheriger Regelungen sollte mit gewisser Flexibilität gehandhabt werden, damit zum Beispiel die fehlende Verfügbarkeit von Schutzausrüstungen aufgrund von Regulierungen, zu rigorose Einschränkungen des Grenzverkehrs oder Rohstoffengpässe nicht die Produktion oder Lieferketten in Europa unnötig und ungewollt behindern.

Die chemische Industrie umfasst als Enabler aller Wertschöpfungsketten nicht nur die Produktion von chemischen Erzeugnissen, sondern auch von Pharmazeutika, Pharmavorprodukten, Diagnostika, Desinfektionsmitteln, Seifen und Material für medizinische Ausrüstungen (Schutzkleidung, Masken). Eine reibungslose Produktion muss deshalb dringend gewahrt bleiben

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (Elektroindustrie)

Die deutsche Elektroindustrie ist von der Corona-Krise doppelseitig betroffen – auf der Nachfrage- und auf der Angebotsseite. Bereits im Januar 2020 waren die deutschen Exporte elektrotechnischer und elektronischer Produkte leicht zurückgegangen, gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf 17,6 Milliarden Euro. Die Januar-Zahlen spiegeln allerdings noch nicht die Auswirkungen der Corona-Krise wieder. Es muss mit weit höheren Rückgängen für die Folgemonate gerechnet werden. Insgesamt befindet sich die deutsche Elektroindustrie derzeit in einer schwierigen Lage, zumal auch das zurückliegende Geschäftsjahr 2019 bereits deutliche Einbußen zeigte. So nahm der Branchenoutput um 4,2 Prozent ab. Mit der nunmehr weltweiten Ausbreitung des Virus dürften die Wachstumsraten der deutschen Elektroindustrie demnächst empfindlich ins Negative rutschen.

Die deutsche Elektroindustrie mit ihren aktuell 883.000 Inlandsbeschäftigten ist innerhalb der Wertschöpfungsketten des Verarbeitenden Gewerbes als Systemlieferant unverzichtbar. Aus ihrem breiten Produktspektrum heraus liefert sie den Großteil des Inlandsumsatzes von rund 90 Milliarden Euro (2019) in andere Industriebranchen. Nicht zuletzt auf diesem Weg ist sie Impulsgeber für jede dritte Innovation im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland. Gleichzeitig steht die deutsche Elektroindustrie für etwa ein Fünftel des Direktinvestitionsbestands der deutschen Industrie im Ausland und ein Sechstel aller deutschen Exporte.

Beispiele für die Systemrelevanz ist die Automatisierung, Medizintechnik, Signaltechnik, Sicherheitssysteme/Cybersecurity, Halbleiter, Kabelherstellung/Leitungsbau, Elektro-Komponenten,

Batterieherstellung sowie jeweils der zugehörige Service und die Wartung. Die Elektroindustrie hat darüber hinaus eine enge Verzahnung mit dem Handwerk, das aktuell immer weniger Zugang zum Kunden erhält. Dies betrifft nicht nur die Neuinstallation, sondern vor allem laufende Services und Wartung. Produkte wie Automationskomponenten, Halbleiter, Sensoren, Steuerungen, Schalter, Antriebe werden überall in kritische und wichtige Infrastrukturen eingesetzt, dazu gehören die Energieversorgung (Strom, Gas), Krankenhäuser, Lebensmittelindustrie, Pharmaindustrie, Chemische Industrie und Automobilindustrie.

Für die deutsche Elektroindustrie ist wichtig, dass die internationalen Wertschöpfungsnetzwerke erhalten bleiben – sofern dies gesundheitspolitisch zu vertreten ist. Der Kampf gegen das Corona-Virus setzt gerade jetzt eine leistungsstarke und produzierende Industrie voraus, um die Pandemie-Notfallpläne umsetzen zu können. Im Fokus steht dabei die Medizintechnik, aber auch viele andere Branchen sind wichtig und müssen weiterproduzieren können. Dafür müssen Lieferketten und Logistik gewährleistet und die Belegschaften weiterhin in die Unternehmen kommen können, selbst im Falle von Ausgangssperren. Das gilt auch für Pendler im Grenzverkehr. Im Moment verschärfen sich mit jedem Tag die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Elektroindustrie, die Produktion der Elektroindustrie ist empfindlich beeinträchtigt.

Die aktuelle Situation trifft die Elektroindustrie auch deshalb schwer, weil sie stark mittelständisch geprägt ist. 90 Prozent haben weniger als 500 Beschäftigte. Dabei kommt ein Sechstel (17 Prozent) aller Hidden Champions in Deutschland aus der Elektroindustrie. Gerade KMU haben in der aktuellen Situation erhebliche Nachteile und Sorgen. Aufträge brechen weg und KMU tun sich beim Zugang zu Fremdkapital regelmäßig vergleichsweise schwerer als größere Unternehmungen. Zwar lag die Eigenkapitalquote im vergangenen Jahr bei über 40 Prozent, doch bestehen auch außerordentlich hohe Investitionskosten für die bestellten Maschinen ihrer Kunden. Bezahlt wird in der Regel erst nach Auslieferung. Einige Industriekunden schicken mittlerweile fertig gelieferte Ware unbezahlt an ihre Lieferanten zurück (wg. „Höherer Gewalt“). Hersteller von elektrotechnischen Komponenten haben oft Produkte, die Vorprodukte in Form technisch komplexer Bauteile, Chips, etc. oder vielfältige Materialien, wie z. B. Kunststoffe, Metalle oder seltene Erden von Zulieferern im In- und Ausland benötigen. Die erzeugten Produkte werden vom Hersteller, über den Großhandel und zum Teil direkt an die internationalen Baustellen geliefert. Dieses ist notwendig, da die elektrotechnischen Produkte immer eine Vorstufe von Maschinen und Anlagen sind, die durch den Maschinen- und Anlagenbauer gefertigt (Maschine) oder durch ihn beim Betreiber (Anlage) errichtet wird. Die Lieferketten in ihrer Verfügbarkeit sind für die Hersteller und Maschinen- und Anlagenbauer, sowie für die letztendliche Verbringung beim Betreiber relevant. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen werden mit jeder Maschine oder Anlage physikalische Produkte mit hohen Investitionskosten geliefert und verbaut. Je geringer der finanzielle Puffer, insbesondere bei KMU, desto planbarer muss normalerweise die Lieferkette sein. Diese Planbarkeit ist längst nicht mehr gegeben.

Erdgas- und Erdölindustrie

Auswirkungen auf die Produktion in China sind bisher nicht bekannt. China ist zwar ein veritabler Erdölproduzent, in erster Linie aber ein Importeur von Erdöl und Erdgas. Daher konzentrieren sich die globalen Auswirkungen vor allem auf den chinesischen Energieverbrauch. Durch Produktionsausfälle insb. in energieintensiven Industrien sinkt die chinesische Nachfrage nach Importen. Der daraus resultierende Druck auf die Spotpreise auf dem Weltmarkt ist bereits sichtbar. Konkret sorgt z. B. in Deutschland aber auch der warme Winter für zusätzlichen Druck auf die Preise. Verbraucher, die kurzfristig Erdgas einkaufen oder ihre Einkaufspreise an die Spotpreise gebunden haben, sind damit die „Gewinner“. Sollte sich aus dem Corona-Virus ein Langfristtrend für die Preise ergeben, würde das die Wirtschaftlichkeit von einer Reihe von Produktionsstätten in Frage stellen – aber ein solcher Langfristtrend ist aktuell nicht zu sehen.

IT und Telekommunikations-Industrie

Die Epidemie des Corona-Virus in China trifft auch in Deutschland viele Unternehmen der IT- und Telekommunikationsbranche. Laut einer nicht repräsentativen Branchen-Umfrage, die Bitkom am 19. Februar veröffentlicht hatte, erwartet jedes vierte Unternehmen (25 Prozent) negative Auswirkungen auf das eigene Geschäftsergebnis in 2020 und jedes Zweite (54 Prozent) sieht erhebliche Konjunkturrisiken für die deutsche Wirtschaft. Weitere Ergebnisse der Umfrage belegen, dass die Ausbreitung des Corona-Virus in vielen Unternehmen zu Einschränkungen führt. Drei von zehn (30 Prozent) haben die Reisetätigkeit von Mitarbeitern nach China komplett eingestellt oder zumindest eingeschränkt. Jedes Dritte (34 Prozent) lässt seine Mitarbeiter gar nicht mehr oder nur noch eingeschränkt an Großereignissen wie Messen teilnehmen.

Keramikindustrie

Viele Unternehmen der keramischen Industrie sind von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Aufträge aus China wurden storniert, auch das USA-Geschäft ist eingebrochen. Wo Aufträge noch abgewickelt werden sollen, gibt es erhebliche Schwierigkeiten, die Fracht zu versenden. Die aktuelle Krisensituation führt dazu, dass beispielsweise das Projektgeschäft der Geschirrhersteller massiv rückläufig ist. Im Bereich der Technischen Keramik sind die Unternehmen zum Teil von der Entwicklung in anderen Branchen abhängig (Automobil, Chemie, Elektro...). Automobilzulieferer der keramischen Industrie waren bereits vor dem Ausbruch des Corona-Virus von Auftragsrückgängen betroffen, dies hat sich nun verschärft.

Mobilität und Logistik

The International Air Transport Association (IATA) geht in ihrer aktuellen Beurteilung (bei Annahme eines dreimonatigen „Lockdowns“) weltweit von einem Ertragsverlust von 252 Milliarden USD (Stand 25. März) aus. In diesem Szenario wird angenommen, dass viele, insbesondere kleinere Fluggesellschaften, die Krise nicht überstehen werden. Während der Luftverkehr in China anfängt sich zu erholen, sehen wir in Deutschland und Europa massive Nachfragerückgänge. So sind beispielsweise vom Travel-Bann der USA ca. 1.600 Flüge des Lufthansa-Konzern betroffen und auch die meisten Staaten Europas können mittlerweile aufgrund von Einreisebeschränkungen nicht mehr angefliegen werden. Die deutschen Fluggesellschaften haben ihren Betrieb weitgehend eingestellt und nach Abschluss der Rückholaktionen werden die Ferienfluggesellschaften ihren Betrieb vorübergehend ganz beenden. Mit Stand vom 25. März haben u. a. Easyjet, Ryanair und Czech Airlines europaweit ihre Betriebe eingestellt oder auf ein Minimum heruntergefahren, weltweit haben auch Emirates, Etihad und Singapore Airlines ihr Angebot ganz oder weitgehend eingestellt. In Italien werden Schritte zur Verstaatlichung von Alitalia eruiert. Die Lufthansa plant nur noch mit 5 Prozent der eigentlichen Kapazität. Liquiditätssicherung ist wichtigstes Ziel der Fluggesellschaften.

Drastische Rückgänge an allen Flughäfen in Deutschland von 80 bis 90 Prozent im Wochentags-Vergleich verzeichnen sich seit Beginn des März. 2019 verzeichneten die deutschen Flughäfen eine Nachfrage von 19,1 Millionen Passagieren im März und von 20,1 Millionen im April. Der Flughafen Berlin vermeldete nur noch ein Verkehrsvolumen von 10 Prozent des Vormonats (Stand 23. März). Viele Flughäfen führen Kurzarbeit ein. Am Flughafen Frankfurt ist Kurzarbeit für 10.000 Mitarbeiter angedacht. Die Sicherung der Liquidität ist dabei zweites oberstes Ziel. Auch wird die Infrastruktur der Flughäfen zusammengezogen und teilweise werden an einigen Flughäfen Gebäudeteile und Gatebereiche stillgelegt.

Darüber hinaus ist aktuell mit einer Zunahme der Nachfrage nach Luftfrachtdiensten zur Aufrechterhaltung notwendiger Lieferketten zu rechnen. Die teilweise sich täglich ausweitenden und ändernden

Einreise- und Quarantänebestimmungen in Zielländer haben massive Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung der Luftfrachtlogistik. So wird es mangels Mitarbeiter infolge von geltenden Quarantänebestimmungen und Ausgangsbeschränkungen in manchen Ländern zusehends schwieriger, die ganze Luftfrachtlogistik aufrechtzuerhalten.

Aufgrund der Einstellungen von Flugverbindungen im Passagierverkehr sehen wir massive Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Kapazitäten zum Transport von Fracht, da Beiladekapazitäten aus dem ansonsten regulären Passagierflugverkehr via sogenannter „Belly-Fracht“ wegbrechen. Die Belly-Fracht macht in der Regel ca. 50 Prozent der gesamten Luftfracht aus.

Die Lage an den Grenzen entspannt sich vorübergehend. Allerdings verlassen insbesondere osteuropäische Lkw-Fahrer zunehmend aufgrund der reduzierten Auftragslage Deutschland in Richtung ihrer Heimatländer. Diese Fahrer stehen dem Logistiksektor in Deutschland bei Corona-bedingten Personalengpässen nicht oder nur schwer wieder zur Verfügung (aufgrund zu befürchtender Reisebeschränkungen und Quarantänemaßnahmen) und verschärfen den ohnehin bestehenden Fahrermangel von 45.000 - 60.000 Lkw-Fahrern in Deutschland. Auch wenn die Wirtschaft und der Handel wieder anlaufen, dürfte dieser Effekt die Wiederaufnahme des normalen Betriebes und eine Erholung der Wirtschaft erschweren.

Maschinen- und Anlagenbau

Laut einer aktuellen Blitzumfrage des VDMA spüren bereits etwa 60 Prozent der Maschinenbauer Beeinträchtigungen in geringem bis mittlerem Umfang, alle Fachverbände sind betroffen. Störungen liegen besonders in den Lieferländern China und Italien vor. Über 75 Prozent der Unternehmen, in denen der Ablauf noch reibungslos funktioniert, erwarten Störungen in den nächsten drei Monaten. Störungen können nur teilweise durch alternative Lieferanten abgewendet werden. Die Verunsicherung der Branche ist greifbar. Über 45 Prozent der Unternehmen, die Umsatzeinbußen erwarten, rechnen mit drastischen Umsatzeinbrüchen (> 10 Prozent). Mehr als 45 Prozent der Maschinenbauer haben bereits Kapazitätsanpassungen vorgenommen, überwiegend über das Arbeitszeitkonto, aber auch durch Kurzarbeit; Personalabbau wird zunehmend zum Thema. Die Hälfte der Unternehmen erwägt eine Kürzung ihrer Investitionsvorhaben für 2020.

Bereits 2019 war ein bescheidenes Jahr, die Weltkonjunktur hatte sich deutlich abgekühlt. Strukturelle Umbrüche belasteten das Geschäft zusätzlich. Die Maschinenproduktion verfehlte das 2018er Niveau real um 2,8 Prozent. Die Kapazitätsauslastung lag im Januar bei 84,1 Prozent und 36 Prozent aller Unternehmen litten unter Auftragsmangel. In dieser Situation kommt nun die Corona-Krise dazu. Die Nachfrageseite wird zumindest kurzfristig für gewaltige Probleme sorgen. Aber auch die Angebotsseite ist durch gerissene und noch reiße Lieferketten beeinträchtigt. Der VDMA hat seine Produktionsprognose vom Herbst 2019 für 2020 daher von minus 2 auf minus 5 Prozent nach unten revidiert. Hierbei ist unterstellt, dass sich die durch das Virus verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen schwerpunktmäßig auf das erste Halbjahr beschränken, was allerdings zunehmend unwahrscheinlich wird.

Nichteisen-Metallindustrie

Die konjunkturelle Lage der Nichteisen (NE)-Metallindustrie trübt sich ein. Eine Mitgliederumfrage der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) Ende vergangener Woche ergab, dass jedes zweite Unternehmen der Branche mit Lieferengpässen und Absatzeinbußen rechnet. Die Branche rechnet mit erheblichen Beeinträchtigungen in der Lieferkette und starken Auswirkungen auf den Absatzmarkt. Etwa zwei Drittel der befragten Unternehmen erwarten in naher Zukunft Lieferengpässe. Engpässe bei sonstigen Zulieferungen werden doppelt so oft wie bei Rohstoffen genannt. Darin kommt die enge

Verflechtung der gesamten industriellen Lieferkette mit China zum Ausdruck. Für den Produktabsatz rechnet knapp die Hälfte der Befragten mit negativen Auswirkungen; etwa jeder Zehnte geht mittelfristig von einem geringeren Absatz aus. Da etwa 30 Prozent der NE-Metall-Produkte in den Transportbereich fließen, werden sich die Werksstilllegungen in der Automobilindustrie unmittelbar auf den Absatz auswirken.

Papierindustrie

Die deutsche Papierindustrie leistet in der gegenwärtigen Corona-Epidemie einen elementaren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung. So sind Verpackungen - und deren eindeutige Kennzeichnung durch Etiketten – ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Waren des täglichen Bedarfs. Darüber hinaus werden in den Papierfabriken Hygienepapiere produziert, die zur Sicherstellung der Hygiene in medizinischen Einrichtungen und Krankenhäusern sowie im privaten und gewerblichen Bereich unverzichtbar sind. Des Weiteren sind Publikationspapiere und insbesondere Zeitungsdruckpapier notwendige Grundlage für die Information vor allem der älteren Bevölkerung, die keinen Zugang zu digitalen Medien haben.

Große Sorge bereitet derzeit die Situation in Italien. Nach Informationen aus dem Mitgliederkreis plant die dortige Regierung dem Vernehmen nach die Schließung für zahlreiche Industrien. Ausnahmen soll es wohl im Bereich Energie sowie Pharma geben. Für die Herstellung von Hygienepapieren wie Taschentücher, Papierhandtücher etc. werden sogenannte Nassfestmittel (z. B. Polyamidoaminepichlohydrin) eingesetzt, um die entsprechend notwendigen Gebrauchseigenschaften zu erzeugen. Diese Nassfestmittel werden u.a. auch in Italien hergestellt und von deutschen Papierfabriken eingesetzt. Falls tatsächlich eine Stilllegung bestimmter Produktionsbereiche vorgesehen ist, sollte sich die Bundesregierung bei den italienischen Behörden dafür einsetzen, dass sowohl die Produktion als auch der Transport der Rohstoffe weiterhin gewährleistet sind und ggf. Ausnahmegenehmigungen für die entsprechenden Produkte erteilt werden. Die Herstellung und Lieferung dieser Rohmaterialien ist sehr wichtig für die Erhaltung des Hygienestandards der Bevölkerung in Deutschland.

Die Situation bzgl. der Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere Spezialchemikalien aus China hat sich etwas entspannt. Die Fabriken in China haben ihre Produktion zu ca. 60 bis 70 Prozent wieder aufgenommen. Der Transport der Ware nach Deutschland läuft allerdings immer noch nicht ohne Probleme. Hier ist die Priorisierung wichtiger Rohstoffe nach wie vor zu fordern.

Industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW)

Die Europäische Union hat als Schutzmaßnahme gegen die Corona-Krise die Ausfuhr persönlicher Schutzausrüstung (PSA) unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Die entsprechende Durchführungsverordnung (EU) 2020/402 ist am 16. März 2020 in Kraft getreten und ersetzt die am 04. März verhängten Ausfuhrverbote der Bundesregierung.

Das bedeutet: Für den Export aus der EU heraus müssen nun Anträge gestellt werden. Dies stellt viele deutsche Unternehmen auch nach Aufhebung des nationalen Ausfuhrverbots vor erhebliche Probleme. Sie betreiben eine zentrale Beschaffung von PSA für Mitarbeiter nicht nur in Deutschland und Europa, sondern sogar weltweit. Neben den Herstellern von PSA sind auch weitere Branchenbereiche der iGW betroffen, die Schutzausrüstungen für die Einhaltung von Hygiene und Qualitätsstandards in der Produktion von u.a. Medizinprodukten, Biotechnologieerzeugnissen und Arzneimitteln benötigen. Die europäischen PSA-Ausfuhrrestriktionen können somit Produktions- und Versorgungsengpässe von lebenswichtigen Produkten in Deutschland und Europa verschärfen.

Unklar ist auch weiterhin, auf welcher statistischen Grundlage der Mangel an Schutzausrüstungen in Deutschland und Europa bemessen wird und ab wann die Exportbeschränkungen aufgehoben werden. Vor dem Hintergrund deutlich gesteigerter Produktionskapazitäten und einer sich abzeichnenden Entspannung bei der Versorgung medizinischer Einrichtungen mit Schutzmaterial sollte die Ausfuhr von PSA für den Einsatz in der Produktion von der EU-Verordnung 2020/402 explizit befreit werden. So hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung in einer Pressemitteilung vom 19.03. eine „vorsichtigen Entwarnung“ bzgl. des Mangels an PSA bei niedergelassenen Ärzten gegeben.

Davon abgesehen sind im Bereich der forschenden Pharma-Industrie weiterhin keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit bei Medikamenten in Deutschland zu erwarten. Es gibt nur wenige Produktionsstätten in China. Patentgeschützte Arzneimittel werden überwiegend in Deutschland, den USA und der Schweiz produziert. Deshalb werden viele patentgeschützte Arzneimittel aus Deutschland nach China exportiert, während der umgekehrte Fall selten ist.

Auswirkungen auf die Versorgung mit Arzneimitteln in Europa sind allenfalls zu erwarten, sollte die Corona-Krise über die nächsten Monate auf einem hohen Neuinfektions-Niveau mit steigenden Einschränkungen des Güterverkehrs andauern. Deutsche Hersteller von Generika beziehen den Großteil der Wirk- und Trägerstoffe aus China und Indien. Derzeit könne die Versorgung noch durch Lagerbestände kompensiert werden, doch wenn sich die Situation in den chinesischen Produktionsstätten nicht entspannt, könnte es für einzelne Generika Engpässe in der EU geben.

Holzwerkstoffindustrie

Die Holzwerkstoffindustrie leistet in der Corona-Krise mit dem Weiterfahren der Betriebe einen gesellschaftlichen Beitrag. Solange Mitarbeiter nicht gefährdet sind, hält die Holzwerkstoffindustrie daher den Wirtschaftskreislauf und damit die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Gesellschaft aufrecht. Die Unternehmen der Holzwerkstoffindustrie stehen in der Krise an der Seite der Politik, um Infektionsketten zu unterbrechen und zugleich die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft einschließlich der von der Holzwerkstoffindustrie abhängigen Produktionsbetriebe aufrecht zu erhalten.

Schmuck- und Uhrenindustrie

Produktion und Absatz der deutschen Schmuck- und Uhrenindustrie werden durch die Ausbreitung des Corona-Virus sowohl in China und als auch in Europa stark beeinträchtigt. Chinesische Kunden sind als Zielgruppe für die deutsche Schmuck- und Uhrenindustrie enorm wichtig. Sie sind für rund ein Drittel des Umsatzes im Luxusgütersegment verantwortlich. Bereits im vergangenen Jahr stand die Branche unter Druck, als der Uhrenexport nach China einschließlich Hong Kong um über ein Fünftel zurückging.

Je nach Marke kann der Markt in China und Hong Kong einen hohen zweistelligen Prozentsatz ausmachen. Doch Verkauf und Konsum vor Ort sind bei den größeren Luxusmarken nahezu zum Erliegen gekommen. Die hauseigenen Boutiquen in den Kaufhäusern der großen Städte sind teilweise seit Wochen geschlossen. Darüber hinaus stellen die Produktionsengpässe in China im Zusammenhang mit dem Corona-Virus für die Schmuck- und Uhrenindustrie ein großes Problem dar, asiatische Standorte in bestimmten Segmenten teilweise seit Jahrzehnten Zulieferteile und ganze Produkte fertigen,

Auch die Verschärfung der Krise in Italien macht sich negativ bemerkbar. Das Zentrum der Schmuckproduktion in und um Vicenza liegt im Epizentrum der italienischen Corona-Epidemie. Die Branche wird dadurch hart getroffen, denn die Beziehungen zwischen dem deutschen Hauptstandort Pforzheim und Vicenza sind traditionell sehr eng.

Die Schmuck- und Uhrenindustrie ist darüber hinaus sehr stark auf einen ganzjährigen Zyklus weltweiter Fachmessen ausgerichtet. Die wichtigsten Termine in Europa wurden in den vergangenen Tagen abgesagt oder verschoben. So wird der Genfer Uhrensalon Anfang April nicht stattfinden. Die weltweit wichtigste Uhrenmesse „Baselworld“ war für Anfang Mai geplant und ist auf Januar 2021 verschoben worden. Die für März in Hong Kong angekündigte Messe ist in den Mai verlegt worden. Der Termin ist aber für die meisten Unternehmen nicht realisierbar, da die Firmenvertreter befürchten müssen, bei der Einreise in die USA für die daran anschließende Messe in Las Vegas – die wichtigste Branchenveranstaltung auf dem amerikanischen Kontinent – Schwierigkeiten zu bekommen. Die darauffolgende Juni Messe in Hong Kong ist ebenfalls bereits gefährdet. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Branche sind damit derzeit nicht kalkulierbar.

Automatenindustrie

Durch die deutschlandweite Schließung aller Spielhallen, Spielbanken und Wettannahmestellen ist die Produktion zum Erliegen gekommen und die gesamte deutsche Automatenbranche lahmgelegt. Das illegale Online-Glücksspiel aus dem Ausland verzeichnet schätzungsweise stattdessen Wachstumsraten von rund 50 Prozent.

Textil- und Modeindustrie

Durch die internationalen Lieferketten ausgehend von China war die Textil- und Modeindustrie von Beginn der Krise an mit am stärksten betroffen. Ausbleibende Kunden und geschlossenen Läden sind ein großes Problem für die Branche. Durch die nun ausbleibende Kundenfrequenz im Handel werden die Umsätze dramatisch einbrechen, eine Insolvenzwellen wird die Folge sein.

Textile Produkte sind hoch komplex, die textile Produktions- und Lieferkette ist global verzweigt und äußerst vielschichtig. Ein einzelnes Textilprodukt kommt nicht aus einer einzelnen Fabrik oder aus einem Land, sondern stellt ein globales Produkt dar. Vom Baumwollfeld bis zum Kleiderbügel – bereits ein einfaches Herrenoberhemd durchläuft hierfür einschließlich der Logistik rund 140 Produktions- und Lieferstufen, an denen unterschiedliche Unternehmen aus verschiedenen Ländern weltweit beteiligt sind: Baumwollanbau, Vermischung und Verkauf der Ernte auf Baumwollbörsen in Indien, Garnherstellung in Südkorea, Stoffweben in Kambodscha, Konfektion in China, Knöpfe aus Rumänien, Nähgarn aus Myanmar, chemische Stoffe für Veredelungsprozesse aus Frankreich, Veredelungen in Pakistan und Indien, Etikettierung in Deutschland, Verkauf in Europa, Asien und USA, usw.

Dennoch ist China nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes mit Importen von knapp 10,6 Milliarden Euro für Deutschland das mit Abstand wichtigste Lieferland für Textil und Mode. Mit einem Zuwachs von 2 Prozent, das entspricht 200 Millionen Euro in 2019, liegt China weiterhin unangefochten an der Spitze der wichtigsten Importländer. Bangladesch hat sein Wachstum verlangsamt, zeigt sich jedoch mit 5,6 Milliarden Euro stabil auf Platz 2 der Importstatistik. Die Türkei findet sich mit einem leichten Minus auf Platz 3. Dahinter kommen Italien, Indien, Vietnam, Kambodscha, Pakistan, Niederlande und erstmalig auf Rang 10 ist Polen unter den Top Ten dabei. Insgesamt ist der für die Branche wichtigste Wirtschaftsraum jedoch nicht China, sondern die EU. Aus allen EU-Ländern bezog Deutschland Textil- und Bekleidungswaren mit einem Wert von 12,5 Milliarden Euro.

Die extrem angespannte konjunkturelle Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie spiegeln die aktuellen Umfrageergebnisse des Ifo-Instituts. Bereits jetzt sind die kurzfristigen Erwartungen in der Textilindustrie so schlecht wie seit der Finanzkrise vor über zehn Jahren nicht mehr. Die Lieferketten sind massiv in Gefahr oder unterbrochen, wie z. B. zur Autoindustrie. Die Bekleidungsindustrie ist ähnlich stark getroffen: auf der Beschaffungsseite durch die Probleme der wichtigen Lieferländer China und Italien, auf der Absatzseite, vor allem durch die weitgehende Schließung des stationären

Bekleidungseinzelhandels. Ebenfalls betroffen sind die Hersteller von Haus- und Heimtextilien, da die Händler ihre Bestellungen stornieren.

Aufgrund der Einbrüche bei den Aufträgen bieten immer mehr Unternehmen ihre freigewordenen Kapazitäten an, um einen Beitrag zu leisten, die Engpässe bei der Ausstattung von Krankenhäusern, Arztpraxen, Pflegeheimen und -diensten u. a. mit Schutzausrüstungen wie Atemschutzmasken und Schutzanzügen zu beheben. Dabei stellen die herkömmlichen Strukturen und Verfahrenswege bei Zulassungen und Zertifizierungen jedoch ein Hemmnis dar.

Internationale Lage

China

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte auf das Wachstum in China sind deutlich zu spüren und dürften im ersten Quartal massiv sein. Chinesische Experten gehen davon aus, dass die Wirtschaft des Landes im 1. Quartal 2020 ein negatives Wachstum hinnehmen muss. Die chinesische Regierung hatte ursprünglich für 2020 ein Wachstumsziel von „um die sechs Prozent“ vorgegeben. Die OECD rechnet in ihrer jüngsten Einschätzung vom 2. März nur noch mit einem BIP-Anstieg in China von 4,9 Prozent. Für 2021 wird allerdings ein Rebound von 6,4 Prozent prognostiziert.

Im Januar und Februar gingen die chinesischen Exporte im Jahresvergleich um 17,2 Prozent zurück. Die Importe fielen weniger stark um 4 Prozent. Das Land verzeichnete in diesem Zeitraum ein Handelsbilanzdefizit von mehr als 7 Milliarden US-Dollar. In Chinas Industrie ist die Stimmung mittlerweile auf ein Rekordtief gesunken. Wie das Pekinger Statistikamt mitteilte, fiel der offizielle Einkaufsmanagerindex (PMI) des herstellenden Gewerbes im Februar auf 35,7 Punkte, den niedrigsten bisher gemessenen Wert. Das vorherige Rekordtief war im November 2008 während der globalen Finanzkrise gemessen worden. Werte über der kritischen Grenze von 50 Punkten deuten auf eine positive Stimmung in der Wirtschaft hin, während darunter von einem Abschwung auszugehen ist. Die chinesische Regierung hat mit Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur reagiert. Die Zentralbank hat einen Sonderkreditrahmen in Höhe von 300 Milliarden RMB eingerichtet, über den die Geschäftsbanken an betroffene Unternehmen vergünstigte Kredite (bis zu 200 Basispunkte unter der einjährigen Loan Prime Rate) vergeben sollen. Lokale Behörden haben in den Bereichen Sozialversicherung, Steuern und Abgaben mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen, die besonders unter finanziellem Druck stehen, verschiedene Erleichterungen und Stützungsmaßnahmen eingeführt. Es ist damit zu rechnen, dass die Maßnahmen gegen Corona zu einer deutlichen Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in China beitragen wird.

Viele Unternehmen in China fragen sich derzeit, inwiefern „Force-Majeure-Klauseln“ bei der Nichteinhaltung von Vertragsverpflichtungen in Bezug auf die Virusepidemie geltend gemacht werden können. Laut Bundesregierung lässt sich dies nur im Einzelfall, anhand der jeweiligen vertraglichen Force-Majeure-Regelungen beurteilen. Vor dem Hintergrund der inzwischen weltweit geltenden Reisewarnung der Bundesregierung und der ebenfalls weiterhin aufrecht erhaltenen Reisewarnung für die Provinz Hubei muss die Situation höchstwahrscheinlich neu bewertet werden. Zu bedenken bleibt auch, dass man ggfs. nach der aktuellen Epidemie mit den bisherigen Partnern weiterhin kooperieren möchte. Die Anwendung der Force-Majeure-Klausel sollte daher für jeden Einzelfall genau geprüft werden.

Die deutsche und europäische Handelskammer in China erklärten im Zuge ihrer Blitzumfrage vom 27. Februar: «Die Auswirkungen sind insgesamt schlimm». Fast 90 Prozent der teilnehmenden Unternehmen berichteten von «mittelschweren bis starken Auswirkungen» durch die Lungenkrankheit. Wegen der Krise erwarte fast jedes zweite Unternehmen einen zweistelligen prozentualen Einbruch der

Einnahmen in der ersten Hälfte des Jahres – ein Viertel rechnet sogar mit mehr als 20 Prozent Rückgang. Ein gutes Drittel hat demnach schon Probleme mit seinen Finanzströmen.

In dieser Woche wurden in Wuhan und Hubei die Beschränkungen teilweise wieder aufgehoben. Arbeitnehmer, die in anderen Provinzen tätig sind, können wieder reisen, vorausgesetzt, sie sind gesund. Schulen und Universitäten bleiben – auch in anderen Teilen Chinas – weiterhin geschlossen. Viele Unternehmen können derzeit ihre Produktion wieder in Teilen anlaufen lassen. Es gibt weiterhin immer wieder Engpässe in der Logistik, seien es fehlende Vorprodukte, oder eingeschränkte Möglichkeiten, die produzierte Ware an den Bestimmungsort zu bringen. Einen weiteren Engpass stellt die Logistik dar. Die regional oft unterschiedlichen Maßnahmen behindern den Transport von Materialien und die Auslieferung der Produkte zusätzlich.

USA

Medizinischer Sachstand

Nach China und Italien steht die Zahl der Infizierten in den USA nun an dritter Stelle (mehr als 69.000 bekannte Fälle). Besonders stark vom Ausbruch des neuartigen Corona Virus sind die Staaten New York, New Jersey, California, Washington, Michigan, Illinois, Florida, Louisiana, Massachusetts, Georgia und Texas (Johns Hopkins University, Stand 26.03.2020, 09:00 Uhr MEZ) betroffen.

Laut Anweisung von Behörden in 17 Bundesstaaten sollen 50 Prozent der US-Bevölkerung zu Hause bleiben, in 13 Bundesstaaten sollen „nicht essentielle Unternehmen“ geschlossen werden oder remote arbeiten.

Obwohl sich die Zahl der Tests vervielfacht hat, wird in den USA immer noch unzureichend getestet. Auch die Zahl an Beatmungsgeräten und Krankenhausbetten wird als unzureichend eingeschätzt.

Konjunkturstützende Maßnahmen

Am 25. März hat der US-Senat ein drittes Notfallpaket verabschiedet. Das Repräsentantenhaus muss dem Paket noch zustimmen. Dieses Paket wird auf ein Volumen von zwei Billionen US-Dollar (etwa 10 Prozent des BIP) geschätzt und ist damit doppelt so umfangreich wie die Hilfspakete der Bush und Obama-Administrationen während der letzten Finanzkrise. Das Paket beinhaltet:

- 500 Milliarden US-Dollar für große Unternehmen in Form von Darlehen und Hilfestellungen für Unternehmen, darunter 58 Milliarden US-Dollar für Kredite an US-Fluggesellschaften.
- 350 Milliarden US-Dollar an Kredite für kleine Unternehmen.
- 150 Milliarden US-Dollar an Hilfestellungen für Krankenhäuser und andere Gesundheitsdienstleister.
- 250 Milliarden US-Dollar Zahlungen an Einzelpersonen mit Einkommen bis 75.000 US-Dollar pro Jahr in Höhe von 1.200 US-Dollar für jeden Erwachsenen sowie 500 US-Dollar für jedes Kind.
- 150 Milliarden US-Dollar an Nothilfezahlungen für Bundesstaaten und lokale Regierungen.
- 250 Milliarden US-Dollar für die Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung wird um 13 Wochen verlängert und um 600 US-Dollar pro Woche aufgestockt. Die Anspruchsberechtigung wird ausgeweitet, um mehr Arbeitnehmer abzudecken.
- Jedes Unternehmen, das ein staatliches Darlehen erhält, unterliegt während der Laufzeit des Darlehens plus ein weiteres Jahr einem Aktienrückkaufverbot.
- Unternehmen im Besitz des Präsidenten, von Kongressabgeordneten, leitenden Bundesangestellten und deren engen Familien sollen diese Darlehen nicht in Anspruch nehmen können.

Auch Bundesstaaten und Kommunen, in deren Zuständigkeit ein Großteil des medizinischen Notfallmanagements fällt, weiten ihre Ausgaben massiv aus.

Präsident Trump möchte die starken Restriktionen im Zusammenhang mit Covid-19 gerne nach Ostern wieder aufheben („reopening the economy“), Gesundheitsexperten warnen eindringlich davor. Dennoch ist es möglich, dass die einschränkenden Maßnahmen nach Ostern auf Regionen mit hohen Fallzahlen beschränkt werden.

Forderungen nach (temporären) Zollaufhebungen werden lauter und angeblich geprüft.

Indien

Der indische Industrieverband CII rechnet mit gravierenden negativen Auswirkungen in Indien in den Sektoren Schifffahrt, pharmazeutische Industrie, Automobilindustrie, Mobilfunk, Elektronik und Textilien. Darüber hinaus wird mit einer Unterbrechung der Lieferkette in mehreren Industriebranchen gerechnet. Aus Furcht vor den Folgen der Infektion hat Indien den Export bestimmter Medikamente und Inhaltsstoffe untersagt. Betroffen ist u. a. die Herstellung von Paracetamol. Experten warnen vor Preissteigerungen und Versorgungsengpässen. Die Regierung beschloss zur Eindämmung der Krise alle bestehenden Visa mit Ausnahme der diplomatischen, offiziellen Visa bis 15. April 2020 auszusetzen. Die neuen Maßnahmen traten am 13. März in Kraft. Seit dem 24. März gilt in Indien für die gesamte Bevölkerung eine strenge Ausgangssperre.

Japan

Die Einreisebeschränkungen betreffen japanische Unternehmen direkt. KMU leiden am stärksten unter dem Rückgang der Ausgaben für Reisen und Tourismus. Vertragsarbeiter und andere, die keine bezahlte Freistellung erhalten, sind ebenfalls gefährdet, ihre Existenzgrundlage zu verlieren.

Am 13. Februar wurden vom Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) notwendige Schritte eingeleitet, wie z. B. die besonders geforderten Cashflow-Maßnahmen. Die Finanzierungsunterstützung soll den KMU unter die Arme greifen. Die Regierung plant 1,6 Billionen Yen (15 Milliarden Dollar) zinslose Kredite, um solchen Unternehmen während der Krise zu helfen.

Eine vom japanischen Premierminister Shinzo Abe eingesetzte Task Force hat am 10. März ein Paket von 430 Milliarden Yen (4,1 Milliarden Dollar) verabschiedet. Neben anderen Hilfsmaßnahmen umfasst das Paket auch Subventionen für Eltern, die aufgrund von Schulschließungen freigestellt werden müssen, Mittel für die Entwicklung von Virus-Impfstoffen und Testkits sowie für die zusätzliche Produktion von Schutzmasken und das Verbot ihres Weiterverkaufs. Veranstaltungen sind bis auf weiteres landesweit abgesagt. Der Plan sieht auch Unterstützung für Krankenhäuser vor, um sich auf einen möglichen Anstieg der Patientenzahlen in den kommenden Wochen vorzubereiten. Das Geschäftsklima unter den Arbeitnehmern hat sich im Februar aufgrund der wachsenden Besorgnis über den neuen Corona-Virus-Ausbruch auf den negativsten Stand seit fast neun Jahren verschlechtert, wie Regierungsdaten vom 9. März zeigen. Der Vertrauensindex in die Wirtschaft fiel auf 27,4 Punkte und damit auf den niedrigsten Stand seit der Tsunami-Dreifach-Katastrophe im April 2011.

Außenminister Heiko Maas und sein japanischer Amtskollege Toshimitsu Motegi vereinbarten, dass man etwa bei der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen das Corona-Virus eng zusammenarbeiten wolle. Die Neuinfektionen gehen in Japan aktuell leicht zurück. Die japanische Regierung und das IOC bestätigten am 24. März, dass die Olympischen Spiele um ein Jahr verschoben werden.

MENA

Aufgrund seiner geographischen Lage und als Knotenpunkt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Asien ist der Nahe und Mittlere Osten einer der Hauptkanäle für die Ausbreitung des Corona Virus. Als Heimat von Millionen Arbeitsmigranten, vorwiegend aus Vorder- und Zentralasien, und einer beträchtlichen Zahl von Binnenflüchtlingen, vorwiegend aus Syrien, dem Irak und Jemen, ist die Region besonders bedroht. Der Rückgang der Nachfrage und der Ölpreisverfall gefährden zusätzlich die ambitionierten Reformprozesse der Länder, insbesondere dort, wo die Diversifizierungsprozesse von einer rohstoffbasierten Staatswirtschaft, hin zu einer sektoral breit aufgestellten Privatwirtschaft erst begonnen hat.

Latein-Amerika

Das Corona-Virus ist Ende Februar in Lateinamerika angekommen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Kontinent sind immens. Die Krise trifft die Länder derzeit besonders hart, weil die Region vor großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen steht. Das Abkühlen der Weltwirtschaft, der Einbruch der Ölpreise und der Preisverfall wichtiger Mineralien setzen den Ländern besonders zu. Die vorgesehenen Maßnahmen, um das Corona-Virus einzudämmen, können durch Produktionsrückgänge und Nachfrageausfällen schnell zu hoher Arbeitslosigkeit und weiterer Verschuldung führen.

Hotlines für Unternehmen

Infotelefon des Bundesgesundheitsministeriums zum Corona-Virus

Telefon: 030 346465100
Mo – Do 8:00 bis 18:00 Uhr
Fr 8:00 bis 12:00 Uhr

Hotline des Bundeswirtschaftsministeriums für allgemeine wirtschaftsbezogene Fragen zum Corona-Virus

Telefon: 030 18615 1515
Mo– Fr 9:00 bis 17:00 Uhr

Beantragung von Kurzarbeitergeld: Zuständig ist die örtliche Arbeitsagentur. Unternehmerhotline der Bundesagentur

Telefon: 0800 45555 20

Hotline für Fragen zu Ausnahmegenehmigungen bei der Ausfuhr von Schutzausrüstung

Telefon: 06196 908-1444
schutztausruestung@bafa.bund.de

Links

Bundesministerien/-ämter

Bundesregierung

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ausbreitung-coronavirus-1716188>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Auswirkungen des Corona-Virus: Informationen und Unterstützung für Unternehmen sowie sehr hilfreiche Links:

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/coronavirus.html>

Ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen, Maßnahmenpaket zur Abfederung der Auswirkungen des Corona-Virus:

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/schutzschild-fuer-beschaeftigte-und-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=14

Bundesfinanzministerium (BMF)

Fragen und Antworten zum Corona-Hilfsprogramm

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2020-03-13-Corona-FAQ.html>

Bundesgesundheitsministerium (BMG)

Aktuelle Informationen zum Corona-Virus:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)

FAQs zu arbeitsrechtlichen Auswirkungen des Corona-Virus.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/corona-virus-arbeitsrechtliche-auswirkungen.html>

Kurzarbeitergeld

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/mit-kurzarbeit-gemeinsam-beschaeftigung-sichern.html>

<https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsfoerderung/kug.html>

Bundesagentur für Arbeit

Corona-Virus: Aktuelle Informationen für Kundinnen und Kunden

<https://www.arbeitsagentur.de/corona-virus-aktuelle-informationen>

Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen

<https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/>

Auswärtiges Amt

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762>

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

https://www.bafa.de/DE/Home/home_node.html

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Handbuch „Betriebliche Pandemieplanung“

https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/Ges-BevS/Handbuch-Betriebl_Pandemieplanung_2_Auflage.pdf

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

<https://www.infektionsschutz.de/>

Germany Trade and Invest (GTAI)

Corona-Virus – wirtschaftliche Auswirkungen auf Auslandsmärkte

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/coronavirus-218400>

EU-Institutionen

Europäische Kommission

https://ec.europa.eu/health/coronavirus_en

Europäische Zentralbank

<https://www.ecb.europa.eu/home/html/index.en.html>

Forschungsinstitute

Robert Koch Institut

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html

Johns Hopkins University & Medicine

<https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

Internationale Organisationen

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

<https://www.who.int/health-topics/coronavirus>

Vereinte Nationen

<https://unric.org/de/coronavirus-covid-19/>

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

<https://www.oecd.org/>

China

China's National Health Commission

<http://en.nhc.gov.cn/>

Deutsche Botschaft Peking

<https://china.diplo.de/cn-de>

AHK China

<https://china.ahk.de/de/>

European Union Chamber of Commerce in China (EUCCC)

https://www.europeanchamber.com.cn/en/national-news/3131/focus_on_the_2019_ncov

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Ansprechpartner

Matthias Krämer
Abteilungsleiter
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1421
m.kraemer@bdi.eu

Julia Callies
Referentin
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1446
j.callies@bdi.eu